



## Berliner Wahl 2011: Nichts zu wählen für Arbeiter, Unterdrückte SPD/LINKE-Senat: Sozialkahlschlag, Angriffe auf Gewerkschaften



Umbruch-Bildarchiv



Spartakist

**Links: Protest gegen Nazis. Polizei des SPD/LINKE-Senats verheimlichte, assistierte und schützte Naziaufmarsch im Immigrantenzirkel Berlin-Kreuzberg, 14. Mai. Rechts: Ver.di-Streik an der Berliner Charité, 3. Mai**

Seit zehn Jahren „saniert“ der Berliner SPD/Linkspartei-Senat nun mit brutalen sozialen Angriffen auf die arbeitende Bevölkerung die Stadt für die Kapitalisten. Die Bundesregierung ließ Berlin durch die Streichung der westdeutschen Berlinförderung bankrott gehen. Die im Kalten Krieg zu Propagandazwecken gegen die DDR aufpolierte Fassade Westberlins war nicht mehr nötig. In der Folge wanderten große Teile die Industrie Westberlins ab und dazu kam die Zerschlagung der ostdeutschen Industrie. Von 300 000 Westberliner Industriearbeitsplätzen 1991 waren zehn Jahre später weniger als 90 000 übrig, in Ostberlin blieben von 110 000 gerade mal 7 900 übrig. Berlin ist heute die Hauptstadt der Hartz-IV-Empfänger. Neben den ostdeutschen Arbeitern ist besonders die türkisch- und kurdischstämmige Bevölkerung in Westberlin von der Deindustrialisierung betroffen und heute sind Teile von sowohl Marzahn/Hellersdorf als auch von Neukölln, Kreuzberg und Wedding Armenviertel.

Verschärft wurde die öffentliche Verschuldung durch den Zusammenbruch der Berliner Bankgesellschaft 2001, die auf massiv steigende Immobilienpreise in Berlin spekulierte. Beispielsweise wurden jahrelang „Rundum-sorglos“-Immo-

bilienfonds mit letztlich staatlichen Mietzinsgarantien bis zu acht Prozent über 25 Jahre mit Rückzahlungsgarantien am Ende der Laufzeit verschachert. In diesem Kontext kam die jetzige Koalition an die Macht. Viele hatten SPD und Linkspartei in der Hoffnung gewählt, dass sie Schlimmeres für die ärmere und arbeitende Bevölkerung verhindern würden, wenn sie den Senat stellen. Schließlich sind sie mit den Gewerkschaften verbunden und in der Arbeiterklasse verankert. Aber beide Parteien sind bürgerliche Arbeiterparteien. Sie akzeptieren den Kapitalismus und wollen ihn verwalten, und das ist unvereinbar mit den Interessen der Arbeiterklasse.

Der SPD/Linkspartei-Senat vollstreckt, was mit der Gründung der Berliner Bankgesellschaft 1994 als halbstaatliches und halbprivates Konsortium bezweckt worden war: Verluste sozialisieren, Gewinne privatisieren. Er sorgt mit Milliarden Euros dafür, dass sich keiner der Profiteure, die die Berliner Landesbank ruinierten, auch nur um einen einzigen Cent seiner für „normale“ kapitalistische Verhältnisse unverschämten Gewinne sorgen musste. Die Justiz offenbarte wieder einmal ihren Klassencharakter und sprach Mitte Februar diesen Jahres Klaus Landowsky, einen der zentralen

Strippenzieher der Abzocke, endgültig frei. Fast zeitgleich machte der Senat tausende Bullen mobil und ließ das besetzte Haus in der Liebigstraße 14 räumen.

Auch die Privatinvestoren von RWE und Veolia können „rundum sorglos“ sein, denn SPD/PDS verlängerten 2004 das Gesetz zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe, denn „anderenfalls wäre das Land aus den Verträgen von 1999 direkt in Anspruch und Haftung genommen worden,“ rechtfertigte der Berliner Linkspartei-Vorsitzende Klaus Lederer diese Fortsetzung der Ausplünderung der Berliner Bevölkerung. Teilprivatisierung bedeutet nämlich nicht weniger Privatisierung, sondern, dass Gewinne und Verluste „geteilt“ werden: die arbeitende Bevölkerung der Stadt steht aufgrund der vereinbarten Renditegarantie notfalls mit Steuergeldern für fette Mindestgewinne gerade, die die Kapitalisten einstreichen. Im Gegenzug darf man heute in Berlin 2,24 Euro pro Kubikmeter Wasser zahlen, während man beispielsweise in München 1,52 Euro bezahlt. 1700 der 6700 Jobs der Wasserbetriebe wurden zerstört und die Investitionen um ein Drittel zusammengestrichen.

Insgesamt sind bis heute 100 000 der vormals 200 000 Stellen im öffentlichen Dienst Berlins zerstört worden und der jetzige Senat reiht sich nahtlos in die Kürzungsorgie seiner Vorgänger ein. Darüber hinaus hat er durch seine Lohnraubpolitik im Öffentlichen Dienst allein zwischen 2003 und 2009 1,8 Milliarden Euro „eingespart“. Die Angriffe der letzten Jahre werfen ein Schlaglicht auf den Klassencharakter des SPD/Linkspartei-Senats, der eine *kapitalistische* Regierung ist, Teil des kapitalistischen Staates, der von Friedrich Engels auch treffend als der „ideelle Gesamtkapitalist“ bezeichnet wurde. Dabei hat der SPD/Linkspartei-Senat eine Arbeitsteilung entwickelt, bei der Innensenator Ehrhart Körting oder auch Thilo Sarrazin, bis 2009 Berliner Finanzsenator, mit rassistischer und gegen die Armen gerichteter Hetze fürs Grobe zuständig sind, so dass der Bürgermeister Klaus Wowereit und Teile der Linkspartei als die mäßigenden Linken auftreten können. Am Ende aber werden die vom Kapital erheischten Kürzungen durchgedrückt. Am Rockzipfel der Linkspartei wiederum hängt die gesamte reformistische Linke von der DKP bis hin zur Gruppe Arbeitermacht (GAM) und der Sozialistischen Alternative (SAV).

### Charité-Streik und SPD/Linke-Senat

Wie die syphilitische Kette der Sozialdemokratie funktioniert, wo der linke Flügel die Verbrechen des rechten Flügels abdeckt, konnte man beim Charité-Streik vom 2. bis

6. Mai sehen. Die Arbeitsbedingungen in Berlins Krankenhäusern sind katastrophal. In Vorbereitung umfassender Angriffe auf die Belegschaften wurden 2001 die zehn Berliner öffentlichen Krankenhäuser in die Vivantes GmbH überführt und das Krankenhaus Moabit, das eine zentrale Rolle bei der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung mit türkischem oder kurdischem Hintergrund gespielt hatte, wurde dicht gemacht. Das war ein weiteres übles Beispiel für die rassistische Verachtung, die die kapitalistischen Herrscher und ihre Schergen des Senats gegenüber der eingewanderten Bevölkerung hegen, deren soziale Existenz sie zerstört haben. 2003 wurde die Zusammenfassung der Hochschulkliniken Charité, Virchow und des Klinikums Benjamin Franklin unter dem Mantel der Charité beschlossen.

Zuvor war der Senat aus dem Arbeitgeberverband des Öffentlichen Dienstes ausgetreten und hatte die Tarifverträge einseitig gekündigt. Mit Insolvenzerpressung würgte er den 14 000 Vivantes-Beschäftigten unter Komplizenschaft der ver.di-Bürokraten einen „Nottarifvertrag“ rein, der Lohnkürzungen durch die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld bedeutete. Den Charité-Beschäftigten wurde bis zum Streik 2006 jahrelang ein Tarifvertrag verweigert und der Durchschnittsverdienst liegt heute ca. 14 Prozent unter dem Bundestarif. Von 1991 bis 2008 wurden in Berliner Krankenhäusern kontinuierlich insgesamt 21 300 Vollarbeitsplätze von ehemals 57 600 zerstört. Während die Zahl der Ärzte leicht stieg, war vor allem das Pflegepersonal davon betroffen, dessen Stellen um 37 Prozent gekürzt wurden. Chronische Unterbesetzung der Stationen und Arbeitshetze bei sinkenden Löhnen wurden zur beabsichtigten Regel. Mit Auslagerungen wie 2006 an der Charité, wo das nichtmedizinische Personal in die tariflose Charité Facility Management (CFM) gezwungen wurde, spaltete der Senat die Belegschaft auf, um so besser die Löhne drücken zu können. Wie groß Personalmangel und Arbeitshetze sind, kann man an dem grausigen Vorfall vom März 2009 erahnen, als ein 29-jähriger Dresdener sechs Tage tot auf einer Charité-Toilette lag, ehe er gefunden wurde. Jetzt sollen die Labore ausgelagert werden.

Entsprechend groß war die Wut unter den gewerkschaftlich organisierten Charité-Beschäftigten, die mit 93 Prozent für den Streik stimmten. Seitens der Berliner Bevölkerung war die Unterstützung für den Streik nach den jahrelangen Verschlechterungen der Gesundheitsversorgung groß und der Streik lag auch im direkten Interesse der arbeitenden

*Fortgesetzt auf Seite 12*

## SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler,  
Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur),  
Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)  
Vertriebsleiter: Daniel Witt

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,  
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
E-Mail: spartakist@online.de  
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der  
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin  
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin  
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3. Juli 2011

Nr. 189

Juli 2011

### Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League  
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA  
www.icl-fi.org

## KONTAKTADRESSEN

**Berlin:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

**Hamburg:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg  
Telefon: (0 40) 32 36 44

**E-Mail:** spartakist@online.de

# Kanada: Trotzlisten protestieren gegen antipalästinensische Hexenjagd

Nachfolgend drucken wir eine Erklärung des Spartacus Youth Club in Vancouver, Jugendorganisation unserer kanadischen Schwesterorganisation Trotskyist League/Ligue trotskyste, vom 9. Januar ab. Am 13. Januar wurde sie in *The Ubysey*, Studentenzeitung der University of British Columbia (UBC), veröffentlicht. Die Alma Mater Society (AMS) – Studentenvertretung an der UBC – hatte gemeinsam mit zionistischen Hexenjägern eine Spende an Solidarity for Palestinian Human Rights (SPHR, Solidarität für palästinensische Menschenrechte) für das kanadische Schiff nach Gaza blockiert, das zur Hilfsflotte gehört, die demnächst Israels Hoheitsgewässer vor Gaza erreichen soll. Am 26. Januar machte die AMS ihren Beschluss rückgängig und ließ die Spende an die SPHR zu.

Mit der Verteidigung von Gruppen wie der SPHR stellen wir nicht nur unsere Haltung gegen die mörderischen zionistischen Herrscher Israels klar, sondern auch gegen die bei weitem machtvolleren imperialistischen Staaten, insbesondere die USA und Deutschland, die Israel unterstützen. Unsere Genossen bekämpfen Illusionen, der kanadische Imperialismus, Juniorpartner Washingtons, könnte irgendetwas anderes sein als ein tödlicher Feind der Palästinenser. Im Gegensatz dazu wollen Gruppen wie die SPHR mit ihrer Weltsicht, ihrer Politik und ihren Aktivitäten nicht über den Rahmen dieses unterdrückerischen kapitalistischen Systems hinausgehen. Ihre Kampagne für „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS – Boykott, Kapitalabzug und Sanktionen) gegen Israel ist bestenfalls ein ineffektiver Appell an die „öffentliche Meinung“, die auf vielfältigste Weise durch die imperialistischen Herrscher manipuliert wird (mit Hilfe ihrer zionistischen Verbündeten). Aufrufe, die Firmen oder Regierungen in Ländern wie den USA oder Kanada unter Druck setzen sollen, damit sie gegen die israelische Regierung eine Seite mit den Palästinensern beziehen, verstärken genau die Illusionen in „demokratischen“ Imperialismus, von denen junge Aktivisten und militante Arbeiter so dringend gebrochen werden müssen.

Ebenso wie gegen die propalästinensischen Aktivisten auf dem Campus gab es auch Hexenjagden gegen Gewerkschaften, die für die Verteidigung der Palästinenser eintraten. Wir unterstützen zeitlich begrenzte Aktionen der Arbeitersolidarität wie Gewerkschaftsboykotte, die konkrete Forderungen zur Verteidigung der Palästinenser aufstellen. Wir unterstützen auch laufende Boykotte gegen die Verschiffung von Militärgütern nach Israel. Aber unbefristete Boykotte und Kampagnen für Kapitalabzug und Sanktionen stehen im Gegensatz zu internationalem Klassenkampf, der Voraussetzung für die Befreiung der Palästinenser ist – und könnten sich als schädlich für die Arbeiterklasse in den boykottierten Ländern erweisen. Unser Ziel ist die Stärkung der Kampfkraft und des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse, in Solidarität mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten dieser Welt und gegen die kapitalistische Klassenherrschaft in den imperialistischen Zentren und überall.

Die heute überall in der arabischen Welt explodierenden Massenaufstände schreien geradezu nach einer revolutionären, proletarischen Führung, die für die Perspektive der permanenten Revolution kämpft. Angesichts dieser historischen Ereignisse müssen sich junge Aktivisten zweifellos an der Realität messen und die Frage beantworten: Was hat

die BDS-Kampagne den Massen Ägyptens, Tunesiens, Jordaniens anzubieten? Nicht viel, und das ist höflich ausgedrückt. Um die Unterdrückung der Palästinenser zu beenden, ist eine ganze Reihe von Arbeiterrevolutionen im Nahen Osten nötig – auch im Garnisonsstaat Israel, wo hebräischsprachige Arbeiter von tiefsitzenden Illusionen in ihre zionistischen Herrscher gebrochen werden müssen – sowie die Ausweitung dieser Revolutionen auf die imperialistischen Mächte.

\* \* \* \* \*

Der Spartacus Youth Club protestiert gegen Hexenjagd, Zensur und wiederholte Einschüchterungen, denen propalästinensische Studenten seitens des Israel Awareness Clubs (IAC) und des Hillel House ausgesetzt sind. Unterstützt durch studentische Bürokraten der AMS haben die Zionisten eine bösartige Kampagne gegen das Social Justice Center (SJC, Zentrum für soziale Gerechtigkeit) und Solidarity for Palestinian Human Rights (SPHR) initiiert und beide Gruppen als „Terroristen“ und „Antisemiten“ diffamiert. Die Gleichsetzung von Kritik am israelischen Staat mit Antisemitismus ist die zionistische Standardverleumdung gegen propalästinensische Aktivisten. Als Verteidiger aller Unterdrückten und Gegner von rassistischem, kapitalistischem Unrecht sagen wir: *Verteidigt die Palästinenser! Hände weg von ihren Unterstützern!*

Im letzten Spätherbst wollte das SJC eine Spende von 700 Dollar an das SPHR für das kanadische Schiff übergeben, das dieses Frühjahr der israelischen Hungerblockade zum Trotz nach Gaza aufbrechen soll. Die AMS versuchte, die Spende des SJC zu blockieren, und empörenderweise haben AMS-Vertreter den [kanadischen Geheimdienst] CSIS aufgefordert zu „untersuchen“, ob es seitens der propalästinensischen Gruppen „Verbindungen zum Terrorismus“ gebe.

Die AMS kriecht vor den Zionisten auf dem Bauch und arbeitet perfekt der konservativen Harper-Regierung zu, die für ihre aggressive Unterstützung der mörderischen Kampagne der israelischen Zionisten gegen die Palästinenser bekannt ist. Dabei stellt sie sogar frühere Regierungen der Liberalen und ebenso die historisch prozionistischen NDP-Sozialdemokraten in den Schatten. Unter Harper wurde die Kampagne von Schikanen, Verleumdungen und Drohungen gegen propalästinensische Aktivisten massiv verstärkt und dies ganz besonders an den Unis. Die Ereignisse an der UBC stehen auch im Kontext der andauernden Hetze gegen Muslime, untermauert vom fortwährenden „Krieg gegen Terror“ der kapitalistischen Herrscher. Dieser erfundene „Krieg“ soll die kapitalistische Staatsrepression gegen die gesamte Bevölkerung intensivieren.

Wir Kommunisten des Spartacus Youth Club fordern Studenten und Jugendliche auf, sich mit der Macht der Arbeiter im *Klassenkampf* gegen die rassistischen imperialistischen Herrscher der USA, Britanniens, Kanadas und andernorts zu verbünden. Die Arbeiterklasse ist die einzige soziale Kraft, die fähig ist, den Kapitalismus weltweit wegzufegen und ein für alle Mal den völkermörderischen Terror gegen die Palästinenser und alle Formen der Unterdrückung weltweit zu beenden. *Nieder mit der Blockade Gazas! Israel raus aus den besetzten Gebieten! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens! Nieder mit der Hexenjagd gegen propalästinensische Studenten!* ■

# USA: Bundesberufungsgericht ordnet neue Anhörung zum Strafmaß an

## Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Freiheit sofort!

Der folgende Artikel wurde übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 980, 13. Mai, Zeitung der Spartacist League/U.S.

Am 26. April wies das Dritte Bundesberufungsgericht den Antrag des Bezirksstaatsanwalts von Philadelphia zur Wiederinkraftsetzung der Todesstrafe für Mumia Abu-Jamal ein zweites Mal ab. Der Unterstützer der MOVE-Organisation aus Philadelphia und ehemalige Black Panther war 1982 wegen eines Verbrechens, das er nicht begangen hatte, in die Todeszelle geschickt worden. Das Gericht ordnete an, der Staat Pennsylvania müsse innerhalb von 180 Tagen eine neue Anhörung über das Strafmaß zu dem alleinigen Zweck einberufen, zu entscheiden, ob Mumia erneut zum Tode verurteilt werden oder lebenslanglich im Gefängnis bleiben soll. Der Bezirksstaatsanwalt von Philadelphia will gegen die Entscheidung vor dem Obersten US-Gerichtshof in Berufung gehen. Mumia, der mehr als sein halbes Leben im Gefängnis verbracht hat, bleibt in der Todeszelle.

Die Entscheidung des Dritten Bundesberufungsgerichtes kam als Antwort auf eine Anordnung des Obersten Gerichtshofs vom Januar 2010, die Wiedereinsetzung des Todesurteils für Mumia, das 2001 kassiert worden war, zu prüfen. Während die neue Entscheidung die Gefahr einer sofortigen Wiedereinsetzung des Todesurteils beseitigt, lässt sie doch Mumia, einem politischen Gefangenen, der keinen einzigen Tag im Gefängnis hätte verbringen dürfen, keine Gerechtigkeit widerfahren. Seine Verurteilung für die Tötung des Polizisten Daniel Faulkner 1981 basierte auf erlogenen, von den Bullen erpressten Zeugenaussagen, einem von der Polizei und der Staatsanwaltschaft fabrizierten „Geständnis“ und gefälschten ballistischen „Beweisen“. Das Todesurteil für ihn war sichergestellt, nachdem die Anklage politische Stellungnahmen angeführt hatte, die er als jugendlicher Führer der Black Panther von Philadelphia abgegeben hatte. Die Gerichte haben sich standhaft geweigert, die überwältigenden Beweise für Mumias Unschuld anzuhören, darunter Arnold Beverlys Geständnis, dass er derjenige war, der Faulkner erschossen hat (siehe das Faktenblatt des Partisan Defense Committee „Große Lüge im Dienste des staatlichen Lynchmords“, auf Deutsch herausgegeben von der PDC-Schwesterorganisation Komitee für soziale Verteidigung, Januar 2008).

Worum es jetzt vor dem Dritten Berufungsgericht geht, sind die Form der Strafzumessung und die Anweisungen an die Geschworenen in Mumias „Prozess“ von 1982, die es laut Urteil des Gerichts den Geschworenen unmöglich gemacht hatten, unvoreingenommen mildernde Umstände in Erwägung zu ziehen, die gegen ein Todesurteil sprachen. Bei dem jetzigen Urteil hatte zwar die Staatsanwaltschaft das Nachsehen, aber dennoch dürfen diejenigen, die für Mumias Freiheit kämpfen, sich nichts vormachen, was die „Gerechtigkeit“ eines Justizsystems angeht, das sich gegen Mumia von Beginn seines Martyriums an verschworen hatte. In der Entscheidung von Bundesrichter William Yohn,

der 2001 Mumias Todesurteil aufhob, wurde gleichzeitig Mumias abgekartete Verurteilung in jeglicher Hinsicht bestätigt. Der Oberste Gerichtshof entschied 2009, Mumias Antrag auf Aufhebung seiner Verurteilung pauschal abzuweisen und machte damit Mumias juristische Bemühungen, freizukommen, praktisch zunichte und ließ ihm nur noch die Alternative: Hinrichtung oder die Hölle lebenslänglicher Haft.

Die Spartacist League und das Partisan Defense Committee, die Mumias Fall erstmalig 1987 aufgriffen, haben immer die Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten für Mumia befürwortet, aber Illusionen in die Gerichte des kapitalistischen Klassenfeindes stets bekämpft. Unser Kampf konzentrierte sich auf die Notwendigkeit von Massenprotesten basierend auf der Macht der Arbeiterklasse in den USA und international – die einzige Kraft mit der sozialen Macht, der kapitalistischen Maschinerie des legalen Lynchens Einhalt zu gebieten. Als Mumia im Sommer 1995 mit einem Hinrichtungsbefehl konfrontiert war, haben weltweite Proteste, darunter von Gewerkschaften, die Hunderttausende von Arbeitern repräsentierten, eine entscheidende Rolle dabei gespielt, dem Henker in den Arm zu fallen.

Die Bullen, Gerichte und Staatsanwälte haben von ihrem Rachefeldzug gegen Mumia, einen für seine scharfzüngigen Exposés über Polizeibrutalität und rassistische Unterdrückung anerkannten, preisgekrönten Journalisten, niemals abgelassen. Vor zwei Jahrzehnten schimpfte ein Führer der Polizeibruderschaft FOP von Philadelphia bei dem Versuch, frühe Bemühungen zur Unterstützung Mumias zu durchkreuzen, Mumias Unterstützer seien „eine Außen-seiter-Terroristengruppe“, die auf die „elektrische Couch“ gehöre. 1995 belagerte ein nach Mumias Hinrichtung schreiender Bullenmob die Ortsgruppe 1199C der Gewerkschaft von Arbeitern im Gesundheitswesen in Philadelphia, die es gewagt hatte, ihr Gewerkschaftshaus für eine Benefizveranstaltung für Mumia zu vermieten. Erst letzten Monat fiel die FOP über die Lehrgewerkschaft American Federation of Teachers her, nachdem deren kalifornischer Ableger eine Resolution verabschiedet hatte, in der sie Mumias fortgesetzte Inhaftierung verurteilten und die Gerichte dazu aufriefen, die Beweise für seine Unschuld anzuhören.

Mit ihrem Bestreben, diesen Unschuldigen hinrichten zu lassen, senden die kapitalistischen Herrscher die Botschaft an die Arbeiterklasse und an alle, die womöglich gegen Ausbeutung, Unterdrückung und imperialistischen Krieg kämpfen wollen, dass der Staat auch sie im Visier hat. Der Kampf für die Freiheit von Mumia kann, wie alle Kämpfe gegen Rassenunterdrückung, nur vorankommen, wenn er auf der Grundlage eines klaren Verständnisses der daran beteiligten Klassenkräfte geführt wird. **Sofortige Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!**■



COC Productions

# Kritische Anmerkungen zum „Tod des Kommunismus“ und den ideologischen Bedingungen der nachsowjetischen Welt



Sygha



Workers Vanguard

Бюллетень Спартаковцев **SPARTACIST**

Обнакотившийся сталинизм открывает иллюзы для капиталистической реставрации.

**Советские рабочие! Долой вельцинско-бушевскую контрреволюцию!**

27 августа 1991 года Рабочие Советские Советские в разгромлении в России после того, как президент Власовский объявил о прекращении существования СССР. Это событие является началом реставрации капитализма в России. Мы призываем рабочих и крестьян к борьбе за восстановление Советского Союза.

Links: Boris Jelzin schwenkt auf den Barrikaden der kapitalistischen Konterrevolution in Moskau die russische Fahne, August 1991. IKL verteilte Zehntausende von Flugblättern mit der Überschrift: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin/Bush!“ Oben: Spartakisten protestieren gegen Jelzin-Besuch, New York, 1992

Nachfolgend veröffentlichen wir leicht redigiert ein Dokument von Joseph Seymour, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., vom 14. März 2009. Das Dokument war ein Beitrag zu den Diskussionen und Debatten im Vorfeld der 13. Nationalen Konferenz der Spartacist League, amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Ein Bericht über die Konferenz findet sich in „Dog Days of the Post-Soviet Period“ [Hundstage der nachsowjetischen Periode] (Workers Vanguard Nr. 948, 4. Dezember 2009).

## von Joseph Seymour

Auf dem Plenum unseres Internationalen Exekutivkomitees Anfang 2008 gab es eine Diskussion und, wie ich glaube, rudimentäre Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung des Begriffs „Tod des Kommunismus“, der ein Schlüsselbegriff für das Verständnis der politisch-ideologischen Rahmenbedingungen der nachsowjetischen Welt ist. Damals argumentierte ich:

„Für die Diskussion der Arbeit in Südafrika und Mexiko ist es von Bedeutung, ... ob und inwiefern diese und andere Länder – China wurde erwähnt, Griechenland – eine Ausnahme zu dem darstellen, was wir ‚Rückschritt im Bewusstsein‘ und die Ideologie vom ‚Tod des Kommunismus‘ nennen. Doch der Begriff ‚Ausnahme‘ impliziert eine Regel. Was also ist die Regel? Die überwiegende Mehrheit unserer Tendenz ist in den fortgeschrittenen kapitalistisch-imperialistischen Ländern Westeuropas und Nordamerikas ansässig... Genau hier begegnen wir täglich der allgegenwärtigen Ideologie vom ‚Tod des

Kommunismus‘. Dies hat, so glaube ich, zu einer gewissen verzerrten und entstellten Sichtweise der weltweit radikal veränderten ideologischen und politischen Konturen und Trennlinien geführt.

Fast immer, wenn wir den Begriff ‚Tod des Kommunismus‘ benutzen, bringen wir ihn mit bürgerlichem Siegergehebe in Verbindung. Es geht nicht um das Siegergehebe der Bourgeoisie von Indien oder Ägypten oder Brasilien. Es geht um den Triumphalismus der westlichen imperialistischen, vor allem der amerikanischen, Bourgeoisie. Doch Zweifel an der Möglichkeit einer zukünftigen internationalen kommunistischen Gesellschaft – und das ist der Kern vom ‚Tod des Kommunismus‘ – in Ländern der Dritten Welt sind nicht amerikanisch-imperialistischer Triumphalismus und Herrschaftsanspruch und können nicht damit gleichgesetzt werden. In diesen Ländern beobachten wir vielmehr ein Anwachsen recht bedeutsamer politisch-ideologischer Bewegungen mit breiter Unterstüztzerbasis, die behaupten, sich dem amerikanischen Triumphalismus zu widersetzen. Das auf der Hand liegende Beispiel ist natürlich der nationalistische Populismus in Lateinamerika, verkörpert durch Hugo Chávez. Doch es gibt das gleiche Phänomen auch in einer ganz rechtsgerichteten Version, nämlich den Aufstieg des antiwestlichen islamischen Fundamentalismus im Nahen Osten. Osama bin Laden, Hugo Chávez, Tony Blair und Bill Clinton verkörpern alle auf verschiedene Art und Weise und in unterschiedlichen nationalen Milieus den ‚Tod des Kommunismus‘.“

Der Kern der Ideologie vom „Tod des Kommunismus“ ist genau das: Zweifel an der historischen Möglichkeit einer

globalen kommunistischen Zivilisation im marxistischen Sinn. Dies ist eine *grundlegende Gemeinsamkeit* verschiedener politischer Tendenzen mit oft diametral entgegengesetzten Standpunkten gegenüber dem westlichen Imperialismus, parlamentarischer Demokratie, einer kapitalistischen Marktwirtschaft und anderen kontroversen Fragen (z.B. Umweltzerstörung), in denen sich die sogenannten Linken und Rechten voneinander unterscheiden.

Um sicherzugehen, dass wir alle den gleichen Sprachgebrauch haben, werde ich noch einmal kurz die Hauptmerkmale einer vollständig ausgebildeten weltweiten kommunistischen Gesellschaft ausformulieren. Wirtschaftlicher Mangel ist überwunden und hat zur Beseitigung der Lohnarbeit geführt („Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“). Entfremdete Arbeit wurde durch schöpferische, wissenschaftliche und kulturelle Arbeit ersetzt (Marx nannte einmal das Komponieren von Musik als Beispiel für letztere). Der Staat ist abgestorben, so dass, in Engels' Worten, die politische Regierung über Menschen durch eine Verwaltung von Dingen ersetzt wurde. Nationale, ethnische und Rassenzugehörigkeiten sind durch umfassende interethnische Fortpflanzung und globale Mobilität verschwunden („Die Internationale wird alle Menschheit sein“). Die Familie wurde durch kollektive Einrichtungen für Hausarbeit und für die Betreuung und Erziehung der Kinder ersetzt.

Die überwiegende Mehrzahl der vorgeblichen Linken über, sagen wir, 40 oder 50 betrachtet eine zukünftige Gesellschaft, wie sie oben beschrieben wurde, als utopisch. Die überwiegende Mehrzahl jüngerer Linker, wie sie z.B. im Milieu der „Sozialforen“ anzutreffen sind, kennt das marxistische Konzept einer globalen kommunistischen Zivilisation einfach nicht und steht ihm gleichgültig gegenüber. Ihre Anliegen sind *defensiv und minimalistisch* – Unterstützung der demokratischen Rechte unterdrückter Völker (z.B. der Palästinenser), Beendigung der Demontage des „Sozialstaates“ in Westeuropa, Verhinderung weiterer Umweltzerstörung (globale Erwärmung).

Ich möchte meine Argumentation unter Bezugnahme auf Lenins *Staat und Revolution* noch einmal anders formulieren. Bei der Veröffentlichung dieses Werkes 1918 und in den darauffolgenden Jahrzehnten bezog sich der grundlegende Unterschied zwischen revolutionären Marxisten und anderen linken Tendenzen auf die Thematik, die in Kapitel I („Klassengesellschaft und Staat“) behandelt wird. Darin fasst Lenin zusammen,

„dass die Lehre von Marx und Engels von der Unver-

meidlichkeit der gewaltsamen Revolution sich auf den bürgerlichen Staat bezieht. Dieser *kann* durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) *nicht* auf dem Wege des ‚Absterbens‘ abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution.“ [Hervorhebungen im Original]

In der nachsowjetischen Periode bezieht sich die grundlegendste Differenz zwischen uns und anderen linken Tendenzen auf die Thematik, die in Kapitel V („Die ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates“) behandelt wird, zusammenfassend erklärt in dem folgenden Abschnitt:

„Die ökonomische Grundlage für das vollständige Absterben des Staates ist eine so hohe Entwicklung des Kommunismus, dass der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, folglich eine der wichtigsten Quellen der heutigen *gesellschaftlichen* Ungleichheit beseitigt wird, und zwar eine Quelle, die durch den bloßen Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum, durch die bloße Expropriation der Kapitalisten keinesfalls mit einem Schlag aus der Welt geschafft werden kann.

Diese Expropriation wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte *ermöglichen*. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung *aufhält*, wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Überzeugung zu sagen, dass die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird.“ [Hervorhebungen im Original]

Der nachsowjetischen Generation linker Aktivisten sind die oben dargelegten Auffassungen nicht ohne weiteres einsichtig, denn sie ziehen sie gar nicht in Erwägung.

### Der amerikanische imperialistische Triumphalismus ist *nicht* das Problem

Obleich Klarheit in der Frage vom „Tod des Kommunismus“ unsere Probleme nicht lösen wird, wird anhaltende Unklarheit darüber unsere Probleme weiter verschärfen. Bei den immer wieder auftretenden politischen Problemen in der Partei war ein wichtiger zugrundeliegender Faktor die Tatsache, dass wir es nicht schafften, den prinzipiellen Unterschied zwischen uns und dem Rest der Linken zu erkennen, nämlich, dass sie *nicht* das gleiche Endziel haben wie wir.

Als Jan Norden [gegenwärtig Mitglied der zentristischen Internationalist Group] noch Redakteur von *Workers Vanguard* war, war für ihn der „Tod des Kommunismus“ ausdrücklich und durchweg vor allem eine Erscheinung des ideologischen Triumphgehabes des US-Imperialismus. Deshalb hielt er den von den Zapatisten angeführten Aufstand armer indianischer Bauern in Süd Mexiko von 1994 für einen machtvollen Gegenschlag, der die ideologischen Auswirkungen des Falls der Sowjetunion zumindest in Lateinamerika abschwächen würde. Seit Nordens Abgang aus unserer Organisation 1996 gab es in unserer Partei eine Neigung dazu, unter der Rubrik „Rückschritt im Bewusstsein“ (ein Terminus, den ich im Kampf mit Norden geprägt habe) sowohl die Zweifel an einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaft als auch westlich-imperialistischen Triumphalismus und althergebrachten sozialdemokratischen Reformismus zusammenzuwerfen. Einige Genossen vertraten die Auffassung, unsere grundlegende Differenz mit dem Rest der Linken bestehe in der Frage der Reformierbarkeit des kapitalistischen Staates, als befänden wir uns noch immer in der Zeit von Lenin kontra Kautsky unmittelbar nach der Oktoberrevolution.

## SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

### Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo: € 4,-  
 Auslandsabo: € 7,50  Übersee Luftpost: € 10,-  
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Jul 2011

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
 Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF



Willy Römer

**Oben: Bewaffnete Arbeiter besetzen Berliner Zeitungsviertel, Januar 1919. Oben rechts: Im gleichen Monat wurden die kommunistischen Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet, als die SPD-Verräter Scheidemann, Noske und Ebert (rechts) die Arbeiterrevolution in Blut ertränkten**



Ullstein Verlag



Robert Sennecke

Eine Standardformulierung sowohl in unserer veröffentlichten Literatur als auch im internen Diskurs ist die Feststellung, dass die Auswirkungen des „Tod des Kommunismus“ international „ungleichmäßig“ seien. Der Begriff „ungleichmäßig“ impliziert, dass die Auswirkungen auf einer linearen Skala quantitativ messbar sind: ziemlich hoch in den USA und Frankreich, viel niedriger in Mexiko und Südafrika. Als ehemaliger Student und späterer Lehrer der Wirtschaftswissenschaften stelle ich mir ein Balkendiagramm vor, das z. B. das Bruttosozialprodukt pro Kopf in verschiedenen Ländern misst und vergleicht. Doch die unterschiedlichen internationalen Auswirkungen des „Tod des Kommunismus“ *kann man so nicht erfassen*. Wir haben es mit *verschiedenen Arten und nicht mit verschiedenen Niveaus* nachsozialistischer Ideologie zu tun.

Man betrachte in dieser Hinsicht Russland. Wenn wir den Begriff „Tod des Kommunismus“ erklären, benutzen wir häufig die Formulierung, dass die ehemalige Sowjetunion bestenfalls als ein „gescheitertes Experiment“ angesehen wird. Für Westeuropa und Nordamerika ist das grundsätzlich richtig. Für große Teile der Dritten Welt stimmt es weniger. Und für Russland ist es *gänzlich falsch*. Die durch Wladimir Putin verkörperte politisch herrschende Fraktion der neuen russischen Kapitalistenklasse betrachtet ganz im Gegenteil die ehemalige Sowjetunion gewissermaßen als das erfolgreichste Experiment russlandzentrierter Staatsbildung aller Zeiten. 2005 erklärte Putin, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion „die ‚größte geopolitische Katastrophe‘ des 20. Jahrhunderts“ gewesen sei (zitiert in Edward Lucas, *Der Kalte Krieg des Kreml: Wie das Putin-System Russland und den Westen bedroht*). Ich vermute, dass eine ähnliche Haltung gegenüber der ehemaligen UdSSR in der ganzen russischen Gesellschaft weit verbreitet ist.

In den letzten Jahren haben Putin und die russische Elite insgesamt versucht, Stalins historisches Ansehen als oberster Führer einer russisch dominierten Weltmacht im 20. Jahrhundert wiederherzustellen. Der russische NATO-Botschafter hat ein Bild Stalins in seinem Büro hängen. Die beliebte Fernsehshow „Der Name Russlands“ zählt Stalin

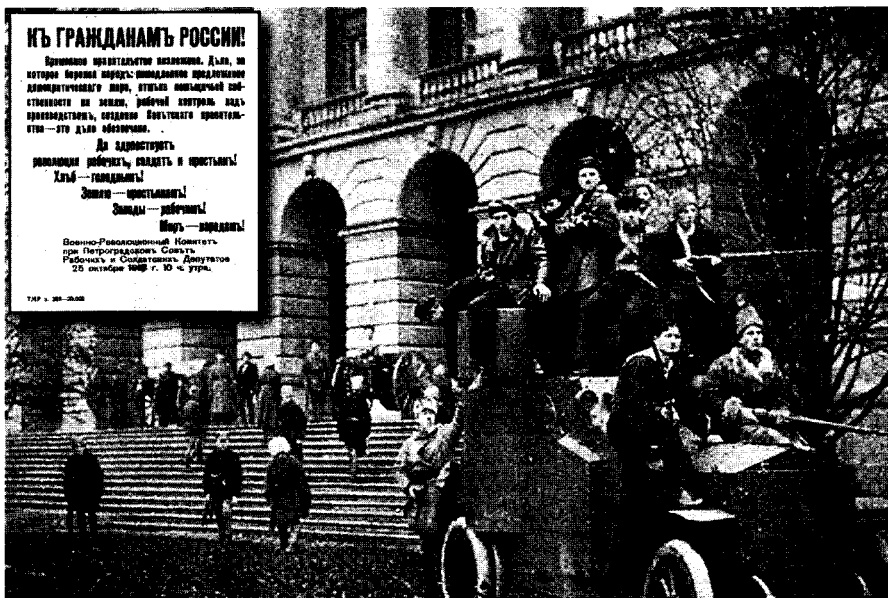
zu den fünf größten historischen Persönlichkeiten des Landes (*Economist*, 27. November 2008). In einem offiziell geförderten Leitfadens für Geschichtslehrer von 2007, *Neueste Geschichte Russlands, 1945-2006*, wird Stalin wohlwollend mit Peter dem Großen verglichen: „Stalin folgte der Logik Peters des Großen: Verlange das Unmögliche, ... um das bestmögliche Resultat zu erhalten.“ Es heißt dort weiter:

„Er [Stalin] wird als einer der erfolgreichsten Führer der UdSSR angesehen. Das Territorium des Landes reichte bis an die Grenzen des ehemaligen Zarenreichs (und in manchen Gegenden sogar darüber hinaus). Ein Sieg in einem der größten Kriege wurde errungen; die Industrialisierung der Wirtschaft und die kulturelle Revolution wurden erfolgreich abgeschlossen und brachten nicht nur eine allgemeine Schulbildung, sondern auch das beste Bildungssystem weltweit mit sich. Die UdSSR wurde zu einem führenden Land auf dem Gebiet der Wissenschaft; die Arbeitslosigkeit war praktisch abgeschafft.“ (zitiert in Lucas, *Der Kalte Krieg des Kreml*)

Das ist nicht gerade die Beschreibung eines „gescheiterten Experiments“.

In gewisser Weise tun wir uns schwerer damit, mit der Form zurechtzukommen, die der „Tod des Kommunismus“ im heutigen Russland angenommen hat, als in Westeuropa und Nordamerika. In letzteren Ländern wird die Sowjetunion noch immer hauptsächlich mit „Sozialismus“ identifiziert, nicht mit „russischem Imperialismus“. Stalin wird dort als Schüler von Marx und Engels angesehen und im Allgemeinen als solcher geschmäht. In Russland wird Stalin als der Erbe Peters des Großen und Katharina der Großen angesehen und nicht selten gepriesen. Für viele Russen ist der Kommunismus nicht gestorben, weil er für sie überhaupt noch nie lebendig war.

Schon bevor das ganze Ausmaß des gegenwärtigen Abschwungs der Weltwirtschaft im vergangenen Herbst offensichtlich wurde, war das Triumphgehebe des „freien Marktes“ selbst in den USA keine wichtige Strömung des bürgerlichen Meinungsspektrums mehr. Heute rechnen anerkannte und angesehene Wortführer des amerikanischen



Pjotr Ozup

**Petrograd, 1917: Flugblatt des Militärischen Revolutionskomitees des Petrograder Sowjets verkündet Sturz der bürgerlichen Provisorischen Regierung und Sieg der Arbeiterrevolution. Rote Garden, Soldaten und Matrosen vor dem Smolny-Institut, dem Sitz des Allrussischen Sowjetkongresses**

Finanzkapitals, wie der ehemalige Chef der Federal Reserve [US-Notenbank] Paul Volcker, mit einem anhaltenden globalen Abschwung. Vergleiche mit der Weltwirtschaftskrise der 1930er sind gang und gäbe. Der Tory-Bürgermeister von London bemerkte, dass die Lektüre der Londoner *Financial Times* derzeit der Beschäftigung mit einem Weltuntergangs-Selbstmordkult gleichkommt. Dennoch macht sich zurzeit keine Strömung des bürgerlichen Meinungsspektrums Sorgen wegen einer irgendwo drohenden sozialistischen Revolution oder des Wiederauflebens kommunistischer Massenparteien, die die marxistisch-leninistische Tradition für sich beanspruchen.

### Über Zwecke und Mittel: eine historische Reise

In Kapitel V von *Staat und Revolution* schrieb Lenin im Abschnitt „Die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft“:

„Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist es leicht, eine solche Gesellschaftsstruktur als ‚reine Utopie‘ hinzustellen und darüber zu spotten, dass die Sozialisten jedem das Recht zusichern, von der Gesellschaft ohne jegliche Kontrolle über die Arbeitsleistung des einzelnen Bürgers eine beliebige Menge Trüffel, Autos, Klaviere u. dgl. m. zu erhalten. Die meisten bürgerlichen ‚Gelehrten‘ beschränken sich auch bis auf den heutigen Tag auf dieses Spotten und verraten dadurch nur ihre Ignoranz und ihre eigennützige Verteidigung des Kapitalismus.“

Mit „bürgerliche Gelehrte“ meinte Lenin diejenigen Intellektuellen, die erklärtermaßen das kapitalistische Wirtschaftssystem unterstützten und rechtfertigten. Die ideologischen Wortführer der Sozialistischen (Zweiten) Internationale, wie Karl Kautsky, der sich als orthodoxer Marxist verstand, zählte er *nicht* zu dieser Kategorie.

Ob 1917/18 die rechtsgerichteten Führer der sozialdemokratischen Massenparteien (z. B. Friedrich Ebert in Deutschland, Albert Thomas in Frankreich, Emile Vandervelde in Belgien) persönlich noch immer an eine zukünftige sozialistische Gesellschaft glaubten, ist eine andere Frage. Aller Wahrscheinlichkeit nach taten sie das nicht. Doch sie distanzieren sich auch nicht öffentlich von dem traditionellen Ziel der sozialistischen Bewegung als einem utopischen Vorhaben.

Zu Beginn der deutschen Revolution, im November 1918, legte die zentristische Unabhängige Sozialdemokratische Partei eine Reihe von Bedingungen (Forderungen) für eine Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratischen Partei (SPD) auf Grundlage der bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte vor. Die erste davon war: „Deutschland soll eine sozialistische Republik sein.“ Darauf antwortete die SPD-Führung: „Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik, indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden“ (*Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Dietz Verlag Berlin, 1957). Bei ihren Angriffen auf die bolschewistische Revolution und die im Entstehen begriffene Kommunistische Internationale prangerten die sozialdemokratischen Führer die Diktatur des Proletariats vor allem als eine Missachtung der Demokratie an, unter der sie eine durch allgemeines und gleiches Wahlrecht gewählte parlamentarische Regierung verstanden.

Hier ist es hilfreich, sich das Buch *Moskau zu Lenins Zeiten* anzusehen, die Ende der 1940er/Anfang der 1950er geschriebenen Erinnerungen von Trotzki's Mitarbeiter und Freund Alfred Rosmer. Bevor Rosmer Anhänger der neu gegründeten Kommunistischen Internationale wurde, war er Anarchist und dann ein führender revolutionär-syndikalistischer Intellektueller in Frankreich. In diesen Erinnerungen gibt Rosmer die anfängliche Reaktion auf Lenins *Staat und Revolution* unter „orthodoxen“ Sozialdemokraten wie Kautsky und Jean Longuet (Marx' Enkel) einerseits und unter Anarchisten andererseits wieder:

„Es war ein außerordentliches Buch, und sein Schicksal war sonderbar: Lenin, Marxist und Sozialdemokrat, wurde von den Theoretikern der sozialistischen Parteien – die sich auf den Marxismus beriefen – verhöhnt: ‚Das hat nichts mit Marxismus zu tun‘, schrien sie, – das sei eine Mischung von Anarchismus, Blanquismus – ‚Blanquismus mit tatarischer Soße‘, schrieb einer von ihnen, um geistreich zu erscheinen. Demgegenüber waren dieser Blanquismus und seine Soße für Revolutionäre außerhalb des orthodoxen Marxismus, für Syndikalisten und Anarchisten, eine angenehme Überraschung. Noch niemals waren aus dem Munde von Marxisten, die sie kannten, derartige Worte gekommen.“

Louis-Auguste Blanqui (1805–1881) war der letzte bedeutende Vertreter der jakobinischen kommunistischen Tradition, die auf Babeuf's Verschwörung der Gleichen in den späten Tagen der Französischen Revolution zurückging. Bei der (in einer vorindustriellen Gesellschaft entstandenen) babeuf'schen Auffassung von Kommunismus ging es um Verteilung und Verbrauch, nicht um Produktion und die Überwindung wirtschaftlichen Mangels. Doch wenn Kautsky, Longuet und andere Lenin einen „Blanquisten“ nannten, so bezogen sie sich nicht auf diesen Aspekt der jakobinisch-kommunistischen Anschauung. Mit Lenins „Blanquismus“ meinten sie den gewaltsamen Sturz des kapitalistischen Staates durch einen von einer revolutionären Avantgardepartei organisierten und geführten Aufstand.

Wie Rosmer betonte, wurde *Staat und Revolution* von vielen Anarchisten und Syndikalisten positiv aufgenommen, von denen einige glaubten, Lenin entferne sich vom Marxismus und nähere sich ihrem eigenen politischen Lager an. Ideologisch besser geschulte Anarchisten verstanden jedoch, dass Lenin mit ihnen zwar in der Notwendigkeit über-



einstimmte, den bürgerlichen Staat durch einen Aufstand gewalt- sam zu stürzen, aber immer noch an dem marxistischen Programm der Diktatur des Proletariats als Übergang zu einer vollausgebil- deten kommunistischen Gesell- schaft festhielt, ja es sogar betonte. Dahingehend zitiert Rosmer den inhaftierten deutschen Anarchisten Erich Mühsam, der 1919 schrieb:

„Lenins theoretische und prak- tische Anweisungen für die Durchführung der Revolution bis zur Verwirklichung der kommunistischen Ziele des Proletariats schufen neuen Boden, gaben dem revolutionären Kampf um die Befreiung vom Kapitalismus neue Formen...

Der Einigung des wahrhaft revolutionären Proletariats stehen keine unüberwindlichen Schranken mehr im Wege. Wir kommunistischen Anarchisten mussten allerdings einen wichtigen Differenzpunkt zwischen den beiden hauptsächlich sozialistischen Schulen, Bakunins Widerstand gegen eine Diktatur des Proletariats, zugunsten Marxens preisgeben.“

Für Mühsam betraf der „Differenzpunkt“ zwischen Bakunin und Marx bezüglich der Diktatur des Proletariats das Mittel; um ein gemeinsames Endziel zu erreichen: eine klassenlose, egalitäre Gesellschaft ohne Staat.

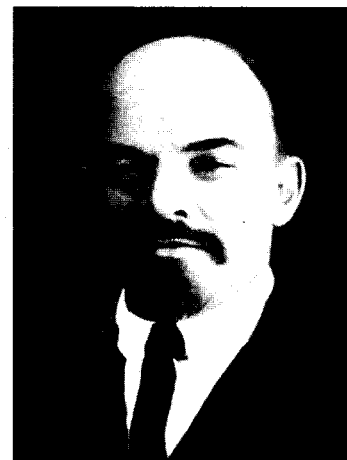
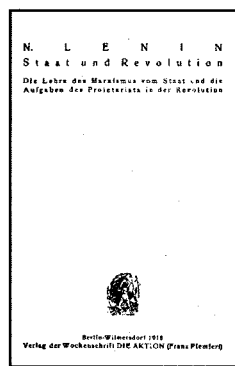
Wir wissen alle, dass in einer politischen Polemik diejen- igen Ideen und Positionen, gegen die man *nicht* argumen- tiert, auf ihre Weise genauso wichtig sind wie diejenigen, gegen die man argumentiert. Man argumentiert nicht gegen Positionen, die der Gegner nicht vertritt, und schon gar nicht, wenn es eine gemeinsame Basis gibt. Zum Beispiel weisen wir bei Polemiken gegen schwarze Liberale und linke Radikale in den USA nicht die falsche Auffassung zurück, die von einigen rechtsgerichteten Rassisten vertreten wird, dass Schwarze „minderwertiger“ seien als Weiße. In den Jahren 1918–20 schrieben Lenin und Trotzki je eine ein ganzes Buch umfassende Polemik gegen Kautsky. Nirgendwo, sei es in *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* oder in *Terrorismus und Kommunismus*, argumentieren sie gegen die Position, eine kommunistische Gesellschaft im marxistischen Sinne sei utopisch, da Kautsky so eine Position nicht vertrat.

Lasst uns in die späten 1930er vospulen, als die internationale kommunistische Bewegung schon völlig stalinisiert war. Lasst uns besonders den jungen Maxime Rodinson betrachten, einen jüdisch-französi- schen Intellektuellen, der später ein be- kannter linksgerichteter Wissen- schaftler wurde, der über den Nahen Osten und die islamische Gesell- schaft schrieb. In dem Essay „Selbst- kritik“ von 1981 erinnerte er sich an die geistige Haltung, die ihn 1937 dazu bewogen hatte, der französi- schen Kommunistischen Partei bei- zutreten (er verließ sie 1958):

„Anhänger des Kommunismus zu sein bestand und besteht immer noch darin, sich einem Kampf zu



Verlag Kurt Desch



W. Plier

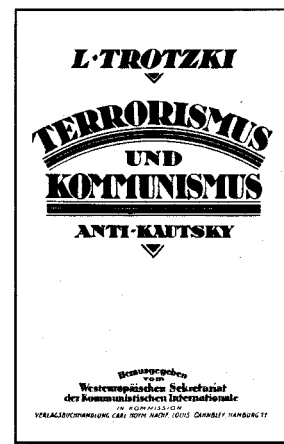
**Lenins *Staat und Revolution* (1917) verteidigte die marxistische Auffassung vom Staat als Instrument der Klassenherrschaft gegen sozialdemokratische Revisionisten wie Karl Kautsky (links)**

verpflichten, der die Menschheit dazu befähigen soll, einen wesentlichen und äußerst segensreichen Sprung nach vorn zu machen: mit einem System Schluss zu machen, das ständig Armut und Verbrechen hervorbringt, das Millionen von Menschen auf der ganzen Welt unterjocht und zu einem grauensvollen Leben oder sogar zum Tode verurteilt. Man ist entschlossen, eine befreite Menschheit zu schaffen, in der alle im vollen Umfang ihrer besten Fähigkeiten erblühen können, in der die Gemeinschaft freier Individuen die Verwaltung von Dingen regelt und das Mindestmaß an Regeln festlegt, das für ein harmo- nisches Zusammenleben der Menschen unerlässlich ist.“ (*Cult, Ghetto and State: The Persistence of the Jewish Question*, 1983 [Kult, Ghetto und Staat: Das Fortbestehen der jüdischen Frage])

Als Intellektueller konnte Rodinson die befreienden Ziele des Marxismus besser ausdrücken als die vielen Millio- nen jungen Arbeiter, die während der Stalin-Ära den Kom- munistischen Parteien in Frankreich, Italien, Indien, Viet- nam und anderswo beigetreten waren. Dennoch waren viele – sicher nicht alle – dieser Arbeiter ebenfalls von einer Zukunftsvision allseitiger sozialer Befreiung *motiviert*. Sie betrachteten die Kommunistischen Parteien nicht nur als politische Agenturen zur Verteidigung und Förderung ihrer wirtschaftlichen und anderen sozialen (z. B. nationalen)



Brown Brothers



***Terrorismus und Kommunismus* (1920), von Leo Trotzki auf Höhepunkt des russischen Bürgerkrieges geschrieben, polemisierte gegen antibolschewistische Broschüre gleichen Namens von Kautsky, der mit dem Imperialismus im Namen von „Demokratie“ gemeinsame Sache machte**



**Französische Arbeiter demonstrieren in Marseille gegen Wirtschaftskrise, März 2009. Banner: „Sie sind die Krise, wir sind die Lösung!“**

Interessen innerhalb des bestehenden kapitalistisch-imperialistischen Systems.

Im Allgemeinen teilten politisch fortgeschrittene Arbeiter und linke Intellektuelle, die die sozialdemokratischen Massenparteien unterstützten, nicht den marxistischen Entwurf einer wirklich kommunistischen Gesellschaft. Aber auch sie strebten nach einer radikal anderen und besseren Gesellschaft als ihre eigene. 1961 veröffentlichte der linke sozialdemokratische britische Intellektuelle Ralph Miliband ein gegenüber der Labour Party äußerst kritisches Buch mit dem Titel *Parliamentary Socialism: A Study of the Politics of Labour*. Das Buch erschien unmittelbar nach dem missglückten Versuch der rechtsgerichteten Parteiführer, Clause IV [Abschnitt IV] aus Labours Satzung von 1918 abzuschaffen. Clause IV wurde gemeinhin als Labours Maximalprogramm betrachtet: „Den Arbeitern von Stirn und Faust die vollen Früchte ihres Fleißes und deren gerechteste Verteilung zu sichern, auf der Basis des Gemeineigentums an den Mitteln der Produktion, der Verteilung und des Handels.“ In seiner Beschreibung des Kampfes um Clause IV von 1959/60 schrieb Miliband: „Angesichts des heftigen Widerstandes [der proletarischen Basis der Partei], auf den dieser Vorschlag stieß, musste er fallengelassen werden.“ In den 1980er-Jahren hätte niemand mehr den Ausdruck „parlamentarischer Sozialismus“ benutzt, um das Programm oder auch nur die offizielle Doktrin der britischen Labour Party zusammenzufassen. Und 1995 wurde Clause IV trotz des Widerstands einiger großer Gewerkschaften auf einer Sonderkonferenz aus dem formellen Programm der Partei gestrichen.

Anfang bis Mitte der 1960er gab es in den USA eine linksgerichtete Radikalisierung unter jungen Studenten und einigen älteren Intellektuellen. Ein institutionalisierter Ausdruck davon war die jährliche Socialist Scholars Conference [Konferenz sozialistischer Wissenschaftler] in New York. 1966 luden die Organisatoren der Konferenz den marxistischen Historiker Isaac Deutscher ein, einen Vortrag über

den „sozialistischen Menschen“ zu halten. Damals hatten junge linke Intellektuelle nicht nur in den USA, sondern auf der ganzen Welt großes Interesse an der Frage, wie eine wahrhaft sozialistische Gesellschaft in kultureller und psychologischer Hinsicht beschaffen sein würde, wie die Menschen denken und handeln würden. Zum Beispiel schrieb Anfang der 1960er-Jahre Che Guevara über die Abschaffung der entfremdeten Arbeit im „sozialistischen“ Kuba. Eine rückblickende Analyse von Guevaras Überlegungen in dieser Frage findet sich in „Radical Egalitarian Stalinism: A Post Mortem“ [Radikal-egalitärer Stalinismus: Eine Autopsie] in *Spartacist*, englische Ausgabe Nr. 25 (Sommer 1978). In seinem Vortrag über den „sozialistischen Menschen“ sprach Deutscher eine Menge Fragen an, über die sich die nachsowjetische Generation linker Aktivisten überhaupt *keine* Gedanken macht.

### Noch einmal: Huntington kontra Fukuyama

Meine Ansichten zum „Tod des Kommunismus“ und den ideologischen Bedingungen der nachsowjetischen Welt entwickelten sich anfangs vornehmlich im Verlaufe informeller Diskussionen mit Norden zwischen 1991 und seinem Weggang aus unserer Organisation 1996. Wie schon erwähnt, sah Norden im „Tod des Kommunismus“ vor allem einen Ausdruck des amerikanischen imperialistischen Triumphalismus. So brachte er den Begriff oft mit George Bushs Formel von der „neuen Weltordnung“ in Verbindung, die zur Zeit des Golfkriegs gegen den Irak 1991 ausgerufen wurde. Norden hielt es für eine Kapitulation gegenüber dem Druck des amerikanischen imperialistischen Triumphalismus, als der Hauptteil der Führung unserer Tendenz anerkannte, dass die nachsowjetische Periode durch einen historischen Rückgang des politischen Bewusstseins der Arbeiterklasse international gekennzeichnet ist.

Nordens Herangehensweise an diese Frage war von den Ansichten des rechtsgerichteten (damals neokonservativen) amerikanischen Intellektuellen Francis Fukuyama beeinflusst, der erklärte, der Zusammenbruch des Sowjetblocks markiere das „Ende der Geschichte“. Eine grob vereinfachte Form von Fukuyamas These vom „Ende der Geschichte“ wurde weithin bekannt unter Leuten, die man die gebildete amerikanische Öffentlichkeit nennen könnte, die Art von Leuten, die die *New York Review of Books* abonniert haben und gelegentlich *Foreign Affairs* lesen. Ich weiß nicht, ob Norden Fukuyama wirklich gelesen hat. Ich habe ihn gelesen und auch diese rechts der Mitte angesiedelten amerikanischen bürgerlichen Ideologen, vor allem Samuel P. Huntington und Zbigniew Brzezinski, die Fukuyamas optimistische Darstellung der nachsowjetischen Welt heftig widersprachen. Ich gehe noch einmal auf diese Debatte ein, weil sie nützlich ist, die Beziehung zwischen dem „Tod des Kommunismus“ und verschiedenen anderen Strömungen nachsowjetischer bürgerlicher Ideologie, insbesondere (doch nicht nur) in den westlichen kapitalistischen Ländern, zu verstehen.

Fukuyama übernahm Bezeichnung und Konzeption vom „Ende der Geschichte“ von dem deutschen Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Hegel gebrauchte diesen Ausdruck, um die welthistorischen Folgen der Schlacht von Jena 1806 zu beschreiben, bei der die Armee des napoleonischen Frankreich das Königreich Preußen besiegt hatte. Danach besetzten und regierten die Franzosen West- und Süddeutschland. Hegel war einer von wenigen prominenten deutschen Intellektuellen, der das napoleonische Regime, das er für historisch fortschrittlich hielt, unterstützte und mit ihm zusammenarbeitete.

Hegels Konzeption vom „Ende der Geschichte“ hatte sowohl eine negative als auch eine positive Komponente. Die negative Komponente war, dass die herrschende Ideo-

logie des spätféudalistischen Europa – von den christlichen Kirchen sanktionierter und unterstützter monarchischer Absolutismus – ihre einstige Macht verloren hatte, den zukünftigen Gang der Geschichte zu bestimmen. Die positive Komponente war, dass die liberalen Prinzipien der Französischen Revolution, wie Hegel sie verstand (und Napoleon sie für ihn verkörperte), im Bereich der Ideen allesbestimmend geworden waren und dass in Übereinstimmung mit dem neuen Zeitgeist in ganz Europa allmählich eine neue soziopolitische Ordnung errichtet werden würde.

Auf ähnliche Weise hatte auch Fukuyamas Version vom „Ende der Geschichte“ negative und positive Komponenten. Die negative Komponente war natürlich der „Tod des Kommunismus“:

„Es gibt zwar noch kommunistische Mächte auf der Welt, aber der Kommunismus hat seine Dynamik und Anziehungskraft verloren. Wer sich heute Kommunist nennt, sieht sich in ein permanentes Rückzugsgefecht verwickelt und versucht verzweifelt, einen Rest von Macht und Status zu bewahren... Die Kommunisten befinden sich heute in der wenig beneidenswerten Lage, dass sie eine alte und reaktionäre Sozialordnung verteidigen müssen, deren Zeit längst abgelaufen ist, ähnlich wie die Monarchisten, die sich ins 20. Jahrhundert hinübergerettet haben.“ (*Das Ende der Geschichte*, 1992)

Fukuyama bringt hier eine gängige Ansicht unter allen Strömungen nachsowjetischer bürgerlicher Ideologie zum Ausdruck.

Der Kern seiner These vom „Ende der Geschichte“ liegt in den positiven Schlüssen, die er aus dem Zusammenbruch des Sowjetblocks zog. Er vertrat die Ansicht, dass die soziokulturellen Werte und die dazugehörigen wirtschaftlichen und politischen Institutionen der westlichen kapitalistischen Welt sich letzten Endes weltweit durchsetzen würden:

„Auf diesem Hintergrund kommt der weltweiten Verbreitung der liberalen Revolution besondere Bedeutung zu. Sie ist ein weiterer Beweis dafür, dass hier ein fundamentaler Prozess wirksam ist, in dem *alle* menschlichen Gesellschaften in ein gemeinsames Entwicklungsschema gezwungen werden – kurz gesagt eine Art Universalgeschichte der Menschheit, die sich auf die liberale Demokratie zu bewegt...“

Wenn wir heute an einem Punkt angelangt sind, wo wir uns keine Welt vorstellen können, die sich wesentlich von der unseren unterscheidet, wo anscheinend keine grundsätzliche Verbesserung gegenüber unserer derzeitigen Ordnung mehr denkbar ist, dann müssen wir auch die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass die Geschichte an ihrem Ende angelangt ist.“ [Hervorhebung im Original]

Fukuyamas Vorstellung von einer allseits siegreichen „liberalen Revolution“ wurde von einigen prominenten intellektuellen Wortführern des amerikanischen Imperialismus heftig angegriffen. Sein Hauptkontrahent war Samuel P. Huntington, der seine eigene These vom „Kampf der Kulturen“ Fukuyamas „Ende der Geschichte“ entgegenstellte. Dementsprechend bemerkte er unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Fukuyama: „Der Augenblick der Euphorie am Ende des Kalten Krieges erzeugte eine Illusion von Harmonie, die sich bald als ebendiese erweisen sollte“ (*Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*). Gewiss, Huntington war mit Fukuyama einer Meinung, dass es nie wieder mächtige Staaten oder eine internationale politische Massenbewegung geben würde, die wie der Kommunismus als eine *allumfassende* Alternative zu Kapitalismus und „Demokratie“ westlicher Prägung auftreten würden. Doch er war der Ansicht, dass ein Großteil der Welt – vor allem Russland, der islamische Osten und China – von antiwestlichen Regierungen und politischen Bewegungen auf der Grundlage nationaler und religiös-kulturel-

ler Werte und Traditionen beherrscht sein würde:

„In dieser Welt werden die hartnäckigsten, wichtigsten und gefährlichsten Konflikte nicht zwischen sozialen Klassen, Reichen und Armen oder anderen ökonomisch definierten Gruppen stattfinden, sondern zwischen Völkern, die unterschiedlichen kulturellen Einheiten angehören...“

Der Westen ist und bleibt auf Jahre hinaus der mächtigste Kulturkreis der Erde. Gleichwohl geht seine Macht in Relation zur Macht anderer Kulturkreise zurück. In dem Maße, wie der Westen versucht, seine Werte zu behaupten und seine Interessen zu schützen, sind nichtwestliche Gesellschaften mit einer Alternative konfrontiert. Einige versuchen, den Westen nachzuahmen und sich dem Westen anzuschließen, ‚mitzuhalten‘. Andere konfuzianische und islamische Gesellschaften versuchen, ihre wirtschaftliche und militärische Macht auszuweiten, um dem Westen zu widerstehen, ‚dagegenzuhalten‘. Eine zentrale Achse der Weltpolitik nach dem Kalten Krieg ist daher die Interaktion der westlichen Macht und Kultur mit der Macht und Kultur nichtwestlicher Gruppierungen.“

Die Debatte zwischen Fukuyama und Huntington unterstreicht die Notwendigkeit, dass wir zwischen dem Glauben an den „Tod des Kommunismus“, der allgegenwärtig und immer noch weit verbreitet ist, und dem begrenzten und kurzlebigen amerikanischen imperialistischen Triumphalismus unmittelbar nach dem Fall der Sowjetunion unterscheiden.

## Kurze Schlussgedanken

Eine sehr wichtige Frage, die sich uns stellt, kann folgendermaßen formuliert werden: Ist es möglich, dass ein spontaner Aufstand gegen eine rechtsgerichtete Regierung, an dem sich ein wesentlicher Teil der Arbeiterklasse beteiligt, zu einer vorrevolutionären oder sogar revolutionären Situation (d. h. zu Organen der Doppelherrschaft) führt, obgleich die Masse der beteiligten Arbeiter und anderen Werktätigen *nicht* den Sozialismus anstrebt? Ich denke, die Antwort lautet ja. Wir haben zwar noch keine solche Entwicklung erlebt, sollten sie aber auch nicht ausschließen. Im Moment ist unsere Hauptaufgabe, die marxistische Weltanschauung zu verbreiten, in der Erwartung, eine relativ geringe Anzahl von linken Intellektuellen und fortgeschrittenen Arbeitern zu rekrutieren. In Anlehnung an John Maynard Keynes: Wenn sich die Fakten ändern, dann werden sich auch unsere Perspektiven ändern. ■



Deutsche Ausgabe Nr. 27,  
Frühjahr 2009; € 1,50

Englische Ausgabe Nr. 62,  
Frühjahr 2011; € 1,50

Deutsche Ausgabe im Abo des *Spartakist* enthalten

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 235 55, 10127 Berlin  
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/M. BLZ 500 100 60  
BIC PBNKDEFF  
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01



Getty

**Innensenator Körting und Ex-Finanzsenator Sarrazin (beide SPD), Scharfmacher des SPD/LINKE-Senats**

## Berliner Wahl...

*Fortsetzung von Seite 2*

und armen Bevölkerung, die auf die öffentliche Gesundheitsversorgung angewiesen ist. Der Streik wurde insbesondere vom Pflegepersonal getragen, das versuchte, mehr Stationen in den Streik einzubeziehen. Mehr und mehr Betten wurden bestreikt, viele Operationssäle blieben geschlossen. Der finanzielle Schaden für die Blutsauger des Senats soll eine Million Euro täglich betragen haben. Dies wurde dadurch ermöglicht, dass auch ein Teil des in die CFM ausgelagerten Personals mitstreikte. Die gemeinsame Streikfront von Krankenschwestern/-pflegern und Technik/Reinigungspersonal hatte das Potenzial, den Betrieb effektiv lahmzulegen und damit die Spaltung der Belegschaft zu durchkreuzen.

Wir argumentierten mit Streikenden dafür, dass alle Beschäftigten zusammen streiken. Das schloss auch die Ärzte ein, die aufgrund ihrer stärkeren Position seit 2006 nicht mehr den Ausverkauf durch die ver.di-Spitzen hinnehmen wollten und sich durch ihre ständische Vertretung, dem Marburger Bund, einen besseren Tarif nur für sich erkämpften. So wie damals ver.di dem Streik des Marburger Bundes in den Rücken fiel, beteiligten sich nun die Ärzte nicht am Streik. Teile der IG-BAU-Bürokratie begingen faktisch Streikbruch, indem sie Arbeiter auf Plakaten warnten, sich am Streik zu beteiligen. So versuchten sie von vornherein einen geschlossenen Streik der Charité-Beschäftigten zu verhindern und ließen das zu Hungerlöhnen schuftende Reinigungspersonal im Regen stehen. Wir betonten, dass die Gewerkschaften die Unorganisierten organisieren müssen. Gegen die vielfältigen Spaltungen der Belegschaft ist es notwendig, gemäß dem alten gewerkschaftlichen Prinzip „ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ zu kämpfen. Schlüssel dafür ist der Kampf für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, was mit dem Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei verbunden ist.

Notwendig ist der Kampf für kostenlose Gesundheitsversorgung aller auf höchstem Niveau. Wie Trotzki im Übergangsprogramm der Vierten Internationale 1938 ausführte: „Kann der Kapitalismus die Ansprüche nicht befriedigen, die sich unvermeidlich aus den von ihm erzeugten Übeln ergeben, dann mag er zugrunde gehen. Ob jene Forderungen ‚realistisch‘ oder ‚unrealistisch‘ sind, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses und kann nur durch den Kampf entschieden werden. Durch diesen Kampf, welche unmittelbaren praktischen Erfolge er

auch erzielen mag, werden sich die Arbeiter am besten von der Notwendigkeit überzeugen, die kapitalistische Sklaverei zu beseitigen.“

Die ver.di-Führung akzeptiert jedoch den Rahmen des Kapitalismus und ist der „Sozialpartnerschaft“ und dem „Betriebsfrieden“ verpflichtet. Und in diesem Rahmen ist der jetzige kapitalistische SPD/Linke-Senat das „kleinere Übel“. Sie unterstützen ihn daher politisch und kapitulieren häufig noch viel weitergehend, als wenn ihnen bei Verhandlungen Vertreter der bürgerlichen Parteien wie CDU, FDP oder Grüne gegenüberstehen würden.

### SAV rechtfertigt Ausverkauf

Die SAV, die Einfluss auf die Streikleitung der Charité hatte, teilt den politischen Rahmen der ver.di-Führung und möchte lediglich mit mehr Militanz ein paar größere Krumen vom Tisch der Kapitalisten ergattern. Vor fünf Jahren hatte die SAV noch heftig gegen die Politik des damaligen SPD/PDS-Senats gestritten und kandidierte gegen ihn als Teil der Berliner WASG. Wie wenig hinter ihrer damaligen Opposition steckte, kann man daran sehen, dass sie sich heute wieder unter dem Dach der Linkspartei befinden. Sie schrieben drei Tage vor dem Streik am 29. April: „Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen. Ob es in die richtigen Hände kommt, ist eine politische Entscheidung! Euer Kampf wird erfolgreich sein, wenn es euch gelingt, nicht nur den Druck auf die Geschäftsleitung, sondern auch den politischen Druck auf Rot-Rot zu steigern.“ Und sie versprachen „den Druck innerhalb der Partei DIE LINKE, in der wir kritische Mitglieder sind, weiter aufzubauen“.

Tatsächlich erwiesen sich die Verbindungen der ver.di-Spitzen mit SPD und Linkspartei als fatal für den Streik. Denn gerade als der Streik anfang Wirkung zu zeigen und weh zu tun, setzten ihn die Spitzen der ver.di-Bürokratie nach fünf Tagen aus und würgten ihn ab. Die Bosse hatten zuvor offensichtlich mit der Zustimmung des Regierenden Bürgermeisters Wowereit (SPD) und des Wirtschaftsensors Wolf (Linkspartei) gedroht, das Uniklinikum Benjamin Franklin innerhalb von Tagen zu schließen, wenn der Streik fortgesetzt wird. Die Belegschaft des Benjamin Franklin war nicht beeindruckt und stimmte für die Fortsetzung des Streiks. Die ver.di-Bürokraten kuschten aber sofort vor ihren „Genossen“ des Senats und brachen ihn ab. Die richtige Antwort wäre gewesen, die Beschäftigten aller Berliner Krankenhäuser, der Stadtreinigung, der BVG und der S-Bahn zu einem Warnstreik in Solidarität mit den Charité-Beschäftigten aufzurufen und vor dem Roten Rathaus dagegen zu protestieren.

Die Aussetzung des Streiks stieß auch den CFM-Arbeitern das Messer in den Rücken, die ohne Tarifvertrag alleine weiterstreikten, während das Pflegepersonal – das in der ver.di-Mitgliederversammlung zu über 70 Prozent gegen den Ausverkauf gestimmt hatte – zähneknirschend wieder zur Arbeit zurückkehren musste. Durch die Aussetzung wurden die Streikaktivisten von ihrer Streikleitung demobilisiert und dann mit der demoralisierenden Propaganda von Bossen und rechten ver.di-Bürokraten weichgeklopft.

Kein Wunder, dass letztlich eine Mehrheit für den Ausverkauf stimmte. Für fünf Jahre knebelt der von Senat und ver.di-Spitzen ausgehandelte Tarifvertrag die Charité-Belegschaft mit einer „Friedenspflicht“, die selbstverständlich null Geltung für die Bosse hat, wenn es um die Fortsetzung der Angriffe durch Auslagerungen, Umstrukturierungen und Arbeitshetze geht. Die Streikleitung um Carsten Becker akzeptierte den von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie vorgegebenen Rahmen und argumentierte für die Aussetzung des Streiks. Das war ein Ausverkauf aller Charité-Beschäftigten, insbesondere der Arbeiter der CFM, die besonders auf die Unterstützung der anderen Beschäftigten angewiesen waren. Becker und Co.

stellten ihr Image als kämpferischere Gewerkschafter in die Dienste der rechteren ver.di-Bürokraten, die so mit ihrer Hilfe den Streik stoppten und einen Abschluss durchdrückten, den „ihr“ SPD/Linkspartei-Senat für noch akzeptabel erachtet. Um Beckers angekratztes linkes Image wiederaufzupolieren, unterstrich die SAV in einem Flugblatt (31. Mai) an die Charité-Angestellten dann, dass Becker auf der ver.di-Mitgliederversammlung nach Unterbrechung des Streiks den Tarifabschluss kritisiert hatte.

### GAM für kämpferischen Reformismus

Der SAV-Führer Sascha Stanicic verteidigte die Aussetzung des Streiks, die den Ausverkauf vorbereitete, in der *Solidarität* (23. Mai) gegen Kritik z. B. seitens der GAM, die zu Recht den Verrat an den CFM-Arbeitern kritisierte und die SAV als „linke Flankendeckung des ver.di-Apparates“ (*Neue Internationale*, Juni 2011) anprangerte. Ganz wie die gesetzten Gewerkschaftsbürokraten schob Stanicic die Verantwortung auf die Arbeiter, denn „eine lange anhaltende massive Einschränkung oder sogar ein Zusammenbruch der Krankenhausversorgung mit all seinen medizinischen Folgen [ist] in Teilen der Arbeiterklasse schwerer vermittelbar“. Die Forderung nach gemeinsamem Kampf der Pflegekräfte mit den CFMlern tat er als „faktisch eine Art Stellvertreterkampf“ ab.

Doch die Frage von SPD und Linkspartei wird von der GAM nur am Rande erwähnt. Kein Wunder. In ihrem eigenen Streikflugblatt vom 5. Mai erklärte die GAM einerseits, dass „SPD wie LINKE ... diese Politik“ der jahrelangen Angriffe des Berliner Senats im Gesundheitswesen „fortsetzen“ wollen, schürte aber andererseits im selben Atemzug die gleichen Illusionen in den SPD/Linke-Senat wie die SAV:

„Natürlich können und müssen wir uns im Streik die Lage des Senats zunutze machen. Wenn SPD und LINKE behaupten, auf der Seite der Beschäftigten zu stehen, so sollen sie das beweisen, indem sie für die SOFORTIGE Erfüllung ALLER Forderungen sorgen!“

Dahinter steht das Programm der GAM, die Sozialdemokratie zum Kämpfen zu bringen, d. h. sie will einen militanteren Reformismus. Daher ruft sie auch fast ausnahmslos zur Wahl von SPD und/oder Linkspartei auf. Unsere Perspektive ist dem entgegengesetzt. SPD und Linkspartei sind bürgerliche Arbeiterparteien, deren proletarische Basis von ihrer bürgerlichen Führung gebrochen werden muss. Wir kämpfen für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale. Zur Wahl erklären wir wie schon 2001 und 2006 klipp und klar: Keine Stimme für SPD und PDS bzw. Linkspartei.

### Politische Banditen der PSG rufen zum Kampf gegen ver.di

Auch die Partei für Soziale Gleichheit (PSG) intervenierte in den Charité-Streik. Wir charakterisieren diese Gruppe als politische Banditen, weil sie keinerlei Prinzipien kennen und jede Fahne hissen können, um ein beliebiges Ziel anzugreifen (siehe „Healyismus zerstoßen“ in *Spartakist*, deutsche Ausgabe Nr. 12, Winter 1986/87). Sie verbreitete bei dem Streik ihre antigewerkschaftliche Linie, die Gewerkschaften seien „organisch unfähig, die Interessen der Beschäftigten zu verteidigen“ und versteigerten sich sogar zu der absurden Behauptung, ver.di hätte den Streik „nicht etwa ausgerufen, um die Interessen der Beschäftigten durchzusetzen, sondern um einen wirklichen Kampf für diese Interessen von vornherein zu blockieren“ (Flugblatt vom 3. Mai). Für die PSG war der ver.di-Streik offen-



Spartakist-Büchertisch bei Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Gedenken in Berlin, 9. Januar

bar kein „wirklicher Kampf“. Diese üble frontale Attacke auf eine Gewerkschaft im Streik und auf elementarste Klassensolidarität, konnte nur dazu dienen, die Streikenden zu demoralisieren.

Jetzt ruft die PSG zum Kampf gegen ver.di auf: „Die Interessen der Beschäftigten können angesichts dieser Entwicklung nur im direkten Kampf gegen ver.di verteidigt werden. Der Gewerkschaft muss die Kontrolle über diesen und alle zukünftigen Arbeitskämpfe entzogen werden“ (12. Mai). Als Ersatz bieten sie nichtexistente „Komitees“ an, die den Kampf führen sollen. In Wirklichkeit würde dies zu gewerkschaftsfreien Krankenhäusern führen, was genau das ganze Ziel der jahrelangen Auslagerungen und Privatisierungen seitens der Bosse ist. Wir kämpfen im Gegensatz dazu für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung. In ihrer Antwort auf Sascha Stanicics Polemik reiten sie dann darauf herum, dass Stanicic Juso-Vorsitzender in Aachen war – und das von einer Organisation, die jahrzehntelang selber immer zur Wahl der SPD aufrief, solange die von ihr und den Sozialdemokraten gehasste Sowjetunion existierte. Keine Stimme für die dubiose gewerkschaftsfeindliche PSG!

### SPD/LINKE-Senat bahnt Nazi-Terror den Weg

Am 14. Mai versuchte die Berliner Polizei 100 Nazis zu ermöglichen, für ihr rassistisches Völkermordprogramm mitten durch den von Migrantinnen und Linken bewohnten Berliner Stadtteil Kreuzberg zu marschieren. Die Nazis griffen Linke und Immigrantinnen am U-Bahnhof Mehringdamm an und verletzten sie mit Knüppeln, Schlägen und Fußtritten. Ermöglicht wurde dies durch den Innensenat und seine Polizei. Die Polizei arbeitete mit den Nazis zusammen, um die geplante Provokation geheimzuhalten, es wurden gemeinsam Ablenkungsmanöver durchgeführt, um Nazigeegner an einen anderen Platz zu locken, und es wurde vorher mit den Nazis abgesprochen, eine eventuelle Gegendemonstration durch Unterquerung durch den U-Bahnhof zu umgehen.

Als dann doch etwas an die Öffentlichkeit durchsickerte, schützte die Berliner Polizei den Aufmarsch brutal mit Knüppeln und Pfefferspray vor den etwa 500 Linken, die sich mutig den Nazis in den Weg stellten und den Aufmarsch der Nazis verhinderten. 38 Linke wurden verhaftet. Schon früher hat der Senat immer wieder versucht, dem Naziabschaum den Weg freizuknüppeln, aber diesmal ging es so weit, dass sich die Polizeiführung mit den Nazis regelrecht verschworen,

um die eingewanderte und gesamte arbeitende Bevölkerung der Stadt, die unter den sozialen Angriffen des Senats leidet, zu terrorisieren und einzuschüchtern. Innensenator Körting (SPD) setzt damit die rassistische Hetze des Ex-Finanzsenators Thilo Sarrazin in der Praxis um, dessen Mitgliedschaft in der Berliner SPD im April bestätigt wurde. Dies illustriert erneut die Funktion der Nazis als extralegale Schocktruppen der Kapitalisten gegen Immigranten und letztlich die gesamte Arbeiterbewegung.

Das blieb kein Einzelfall. Am 17. Juni wurde ein ähnliches Szenario wiederholt, als die NPD eine Provokation vor dem Karl-Liebknecht-Haus durchführen wollte. Die Bullen platzierten die Nazis direkt vor den Räumen der linken Tageszeitung *junge Welt*, ohne diese vorher zu informieren. Mit einem martialischen Aufgebot von 500 Bullen wurde die Provokation der 36 Nazis durchgesetzt. Nach dem Ende der Provokation wurden Mitarbeiter der *jungen Welt* festgehalten und fotografiert und müssen womöglich mit Anklagen rechnen, weil sie sich gegen die Nazi-Provokation mit Hilfe von wassergefüllten Luftballons und Ähnlichem vom Dach aus wehrten.

Dies muss man vor dem Hintergrund von zehn Jahren „Krieg gegen Terror“ sehen, mit dem die kapitalistischen Herrscher in den USA und Europa die muslimische Bevölkerung ins Fadenkreuz nehmen. Dazu kommen die Befürchtungen der Bourgeoisie, dass der Sturz von Ben Ali in Tunesien und von Mubarak in Ägypten Jugendliche der zweiten und dritten Generation, die massiv von Arbeitslosigkeit betroffen sind, inspirieren könnte, hier für ihre Interessen zu kämpfen. Gleichzeitig nehmen die Arbeiterproteste in verschiedenen Teilen Europas gegen die sozialen Verwüstungen durch die Finanzkrise zu, die durch die brutalen Sparmaßnahmen der deutschen Bourgeoisie angeheizt werden. Um Sündenböcke für ihre Krise zu schaffen, verschärfen die Kapitalisten ihre rassistische Demagogie und vielerorts wachsen die Faschisten. So kam es im Mai in Griechenland zu faschistischen Angriffen auf Immigranten und die Polizei griff erst dann ein, als die Immigranten sich verteidigten.

Der Berliner Polizeipräsident Glietsch brüstete sich am 23. Mai vor dem parlamentarischen Innenausschuss, er selbst habe veranlasst, dass der Naziaufmarsch vorab nicht bekannt gegeben wurde. Hier treten klar bonapartistische Bestrebungen seitens des Innensenats und der Polizei zutage. Das macht deutlich, dass es eine Illusion ist, diesen Staat für seine Interessen benutzen zu können, wenn man an der Regierung ist, wie viele Linke glauben. Die staatliche Zusammenarbeit mit den Nazis stieß vielen linken Abgeordneten übel auf, die sich auch um den Schaden sorgten, den die bürgerliche Demokratie in den Augen der Bevölkerung nehmen könnte. So sorgte sich der linke Grünen-Abgeordnete Christian Ströbele: „Mit einer solchen Geheimhaltungstaktik werde nicht nur zivilgesellschaftlicher Protest erschwert, sondern auch ein Misstrauen der Bürger gegenüber der Polizei geschürt“ (*blog.zeit.de*, 14. Mai).

Die *junge Welt* interviewte Evrim Baba-Sommer von der Berliner Linksparteifraktion (17. Mai): „Müssten Sie nicht mehr Druck machen, um künftig solche Skandale im Rot-Rot regierten Berlin zu verhindern?“ Antwort: „Das Problem liegt nicht bei der Fraktion Die Linke, sondern vielmehr bei Herrn Körting und der SPD, aber auch bei CDU und FDP. Letztere beharren immer wieder darauf, dass die Gefahr von links kommt.“ Damit schieben Baba-Sommer und die *junge Welt* die Verantwortung der Linkspartei als Teil der Berliner Regierung ab und versuchen zu vertuschen, dass ihr „rot-roter“ Senat eine ordinäre kapitalistische Regierung ist, deren zentrale Aufgabe die Unterdrückung, Einschüchterung und Spaltung der arbeitenden Bevölkerung im Dienste des Kapitals ist.

Tatsächlich sollte dieses weitere Beispiel staatlicher Hilfe

für die Nazis all jenen eine Warnung sein, die sich mit gefährlichen Appellen gegen die Nazis an eben jenen Staat wenden, wie beispielsweise die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, die in der *jungen Welt* vom 20. Juni schrieb: „Nun rächt sich, dass im Bundestag immer wieder die von der Linken geforderte Antifaschismusklausel im Grundgesetz abgelehnt worden ist; eine solche Verfassungsbestimmung würde es den Behörden erleichtern, gegen den rechten Rand vorzugehen.“ Manche Linken argumentieren, dass solche Appelle an den bürgerlichen Staat ein Mittel seien, diesen zu entlarven. Das Gegenteil ist der Fall – solcherlei Appelle entwaffnen die Linken und verhindern zu verstehen, dass dieser Staat der Staat ist und bleibt, der für Auschwitz und Babi Jar verantwortlich ist.

Genauso wird der kapitalistische Staat Verbotsgesetze „gegen Extremismus“ immer gegen Linke und die Arbeiterbewegung einsetzen. Gleichzeitig demobilisiert diese Perspektive und lullt die Arbeiter ein, jemand anders würde die Sache für sie schon richten. Notwendig ist der Kampf für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Naziaufmärsche zu stoppen. Ein solcher Kampf für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse an der Spitze aller potentiellen Opfer des Naziabschaums ist Teil des notwendigen Kampfes für die Mobilisierung der Arbeiterklasse zur sozialistischen Revolution, um mit dem Kapitalismus die Wurzel für Rassismus, Armut und Kriege zu beseitigen.

### „Multikulti“-Grüne: Liberale für Bundeswehr und deutschen Imperialismus

Viele sehen in den Grünen eine Alternative zu den oft auch mehr oder weniger offen mit Rassismus spielenden Parteien. Im Berliner SPD/Linkspartei-Senat spielte insbesondere Sarrazin diese Rolle. Die Grünen scheinen aufgeschlossener zu sein und haben tatsächlich auch prominente Mitglieder mit Migrationshintergrund, wie ihren Vorsitzenden Cem Özdemir. Beliebt in der „alternativen linken“ Szene ist der Grüne Christian Ströbele. Spätestens aber seit dem Krieg gegen Serbien 1999 tritt diese Partei offen für den deutschen Imperialismus ein und führt seine Kriege.

Der Grünen-Bundestagsfraktionsvorsitzende Jürgen Trittin sprach in der Bundestagsrede vom 27. Mai von „Halbherzigkeit“ in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von Kriegsminister de Maizière und forderte „mehr Einheiten sowie mehr Soldatinnen und Soldaten für Auslandseinsätze bereitzustellen“. Aus den ehemaligen Pazifisten sind rabiate Vertreter von Bundeswehreinheiten in aller Welt geworden. Wir haben immer gewarnt, dass der Pazifismus nur die Arbeiter entwaffnet und nicht die Bourgeoisie. Allein der internationale Sieg der sozialistischen Revolution wird zu einer friedlichen Welt führen. Wir fordern mit Karl Liebknecht: Keinen Mann, keine Frau, keinen Cent für die imperialistische Armee! Bundeswehr raus aus Afghanistan und dem Balkan!

Die Grünen sind eine rein bürgerliche Partei, die vor und nach der Konterrevolution in der DDR die antikommunistische Hexenjagd kräftig schürte und den Interessen der Arbeiterklasse feindlich gegenübersteht. Deshalb lehnen wir prinzipiell eine Stimmabgabe für die Grünen ab und erklären: Keine Stimme für die bürgerlichen Grünen!

Keine der Parteien, die bei den Wahlen antritt, zieht auch nur eine elementare Klassenlinie zwischen Arbeitern und Kapitalisten, deshalb gibt es für Arbeiter und Immigranten nichts zu wählen. Gegen die heutigen Angriffe der Bourgeoisie ist harter Klassenkampf notwendig. Wir kämpfen für die Schmiedung einer internationalen revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, die die Arbeiter in einer sozialistischen Revolution an die Macht führt, um die Bourgeoisie zu stürzen und zu enteignen und eine rational geplante Wirtschaft aufzubauen.■

## Flüchtlinge ertrinken...

Fortsetzung von Seite 16

allen Genossen in der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) rufen wir zur militärischen Verteidigung Libyens gegen die Imperialisten und die Oppositionsstreitkräfte, die als deren Bodentruppen dienen, auf, ohne Gaddafis bonapartistischem kapitalistischem Regime irgendwelche politische Unterstützung zu geben.

Der verhältnismäßig kleine Zustrom von Immigranten und Flüchtlingen aus Nordafrika nach Italien im Zuge der tunesischen Revolte und des Krieges gegen Libyen wird von kapitalistischen Regierungen in ganz Europa dazu benutzt, um eine hysterische rassistische Kampagne zu führen, die das Ziel hat, die Einwanderungskontrollen der „Festung Europa“ weiter zu verschärfen und staatliche Befugnisse anderweitig auszubauen. Auf einem Treffen am 25. April in Rom forderten Sarkozy und Berlusconi eine „grundlegende Überarbeitung“ des Schengen-Abkommens, das angeblich den Bewohnern von EU-Staaten Freizügigkeit in den Mitgliedsländern garantieren soll. Am 12. Mai wurde auf einem Treffen der EU-Innenminister beschlossen, es den Regierungen zu erlauben, Grenzkontrollen wieder einzuführen, die Überwachung der europäischen Grenzen zu verstärken und Abkommen mit den nordafrikanischen Regierungen über die Kontrolle des Zustroms von Einwanderern über das Mittelmeer wieder in Kraft zu setzen. Am selben Tag verkündete die dänische Regierung einseitig die Wiedereinführung von Polizeikontrollen an den Grenzen zu Deutschland und Schweden.

Italien, Griechenland, Portugal und Spanien gehören zu den ärmeren EU-Mitgliedern, die fortgeschritteneren kapitalistischen Ländern traditionell als Quelle für billige Arbeitskraft dienen. Doch in den letzten zwei Jahrzehnten mussten diese Staaten eine große Menge an ausländischen Arbeitern importieren, um eine sinkende Geburtenrate auszugleichen. Dies schuf eine bedeutende Schicht in der Arbeiterklasse, die keine Bürgerrechte besitzt und leicht abzuschieben ist, wenn die Wirtschaft stagniert und Arbeitsplätze rar werden. Diese Arbeiter sind oft Opfer mörderischer rassistischer Angriffe und sie werden von der Bourgeoisie als Sündenböcke benutzt, um Verdrossenheit in der Bevölkerung vom wirklichen Feind, der Kapitalistenklasse, abzulenken. Gleichzeitig bilden diese neuen Schichten der Arbeiterklasse ein lebendiges Bindeglied zu den Kämpfen der geknechteten Massen in der neokolonialen Welt.

Während sich die Weltwirtschaftskrise hinzieht, versprühen die kapitalistischen Herrscher rassistisches Gift, um die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften weiter zu spalten und deren Widerstand gegen die von ihren Regierungen verhängten umfassenden Austeritätsmaßnahmen zu schwächen (siehe „Italy: Unions Must Defend and Organize Immigrant Workers!“ [Italien: Arbeiter müssen eingewanderte Arbeiter verteidigen und organisieren] *WV* Nr. 961, 2. Juli 2010). Die Verteidigung von Immigranten gegen rassistische Unterdrückung ist ein Schlüsselement des Kampfes, die Existenz und die Löhne aller Arbeiter zu schützen. Die Arbeiterbewegung muss eingewanderte Arbeiter organisieren und für ihre Staatsbürgerrechte kämpfen. Doch die Umsetzung dieser äußerst wichtigen Aufgabe erfordert einen Kampf gegen die chauvinistische Politik der pro-kapitalistischen falschen Gewerkschaftsführer, die sich die nationalen Interessen „ihrer“ Kapitalisten zu eigen machen. So fördert die italienische Gewerkschaftsbürokratie Protektionismus à la „Made in Italy“, der Gift für das Klassenbewusstsein des italienischen Proletariats und eine Waffe gegen seine Klassenbrüder in Osteuropa sowie den chinesischen deformierten Arbeiterstaat ist.

Rifondazione Comunista und die übrige reformistische Linke Italiens vergossen Krokodilstränen über das Schicksal von Immigranten und Flüchtlingen unter der Berlusconi-

Regierung und verurteilten vom Gaddafi-Regime in Libyen begangene rassistische Grausamkeiten. Was Rifondazione Comunista und Co. gerne unter den Tisch kehren würden, ist die Tatsache, dass die Vereinbarungen zwischen Gaddafi und Berlusconi von 2010 über Zusammenarbeit gegen Immigranten tatsächlich die Zustimmung zu einem vorhergehenden Übereinkommen darstellten, das die Regierung von Romano Prodi im Dezember 2007 unterschrieben hatte, in der Rifondazione gegenwärtiger Sekretär Minister war. Und Massenmord an Immigranten und Flüchtlingen auf See ist nicht das alleinige Privileg von rechtsgerichteten Regierungen. Wir vergessen nicht den tragischen Untergang der *Kater i Rades*, eines mit albanischen Flüchtlingen beladenen Schiffs, das 1997 von dem italienischen Kriegsschiff *Sibilla* versenkt wurde, wobei über 100 Menschen umkamen. Zu dieser Zeit wurde Italien von einer Volksfrontregierung regiert, die von Rifondazione unterstützt wurde.

Die Reformisten tragen auch durch ihre Unterstützung der UN/NATO-Angriffe auf Libyen und/oder ihre Lobpreisung der in Bengasi ansässigen Opposition, die als Bodentruppen der Imperialisten fungiert, für das gegenwärtige imperialistische Massaker in Libyen und für den Massenmord an Immigranten auf See unmittelbare Verantwortung. Ahmed Dschibril, ein Sprecher des Nationalen Übergangsrates in Bengasi, sagte in der Fernsehsendung „Porta a Porta“, sie seien mit gemeinsamen Patrouillen mit EU-Truppen an der libyschen Grenze „völlig einverstanden und würden sie begrüßen“ und schimpfte, dass „illegale Einwanderer nach Libyen kamen und monate- und jahrelang blieben und dabei Krankheiten verbreiteten und Zusammenstöße mit der libyschen Bevölkerung provozierten“. Oppositionsstreitkräfte haben Menschen, die sie für Gaddafi-Unterstützer hielten, zusammengetrieben, gefoltert und getötet, vor allem Schwarzafrikaner, die angeblich seine Söldner sein sollen.

Dass die Arbeiterklasse sich zur Verteidigung Libyens bekennt, ist besonders in Italien von entscheidender Bedeutung, einem Land, dessen Bourgeoisie lange Zeit das libysche Volk ausgesaugt hat und immer noch einer der Hauptnutznießer seiner Unterdrückung ist. Das einzige „Menschenrecht“, das die imperialistischen Herren wirklich anerkennen, ist ihr eigenes „Recht“ zur Ausbeutung von Libyens riesigen Gas- und Ölvorräten. Vor dem Krieg erhielt Italien 25 Prozent seiner Ölimporte und 13 Prozent seines Gases aus Libyen, und die größten Unternehmen Italiens (allen voran der Eni-Ölkonzern) haben dort führende Positionen inne. Dieses Jahr markiert ein Jahrhundert imperialistischer Ausplünderung Libyens durch die italienische Bourgeoisie, die das Land 1911 besetzte. Nachdem sie die osmanische Armee vertrieben hatten, gingen italienische Streitkräfte daran, jeglichen Widerstand im Keim zu ersticken. Mit Hilfe von Giftgas, Konzentrationslagern und durch Massenmord töteten sie über 70 000 Menschen und ganze 80–90 Prozent des Viehbestandes. Unsere Verteidigung Libyens gegen den Imperialismus steht in der besten Tradition des italienischen Proletariats, das sich 1911 in vielen Städten gegen die blutige imperialistische Besetzung erhob.

Um mit dem imperialistischen System von Krieg, neokolonialer Vorherrschaft und rassistischer Unterdrückung Schluss zu machen, muss das Proletariat das kapitalistische System zerschlagen und durch eine kollektivierte Planwirtschaft auf internationaler Ebene ersetzen. Nur durch den revolutionären Sturz der herrschenden Kapitalistenklassen wird das Proletariat in der Lage sein, die Produktionsmittel der Gesellschaft rational einzusetzen und weiterzuentwickeln, auf der Basis seiner eigenen Staatsmacht und zum Nutzen aller. Dieser Kampf erfordert die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution, als unabdingbares Instrument. ■

# SPARTAKIST

**Nieder mit der rassistischen Festung Europa!**

## Flüchtlinge ertrinken, Imperialisten verschärfen Krieg gegen Libyen

Der nachfolgende Artikel unserer italienischen Genossen von der *Ltd'I* wurde zuerst in *Workers Vanguard* Nr. 981 (27. Mai), *Zeitung der SL/U.S.*, veröffentlicht.

Mailand – Unter den Hauptopfern des imperialistischen Krieges gegen Libyen befinden sich fast zwei Millionen ausländische Arbeiter. Seit Beginn des begrenzten Bürgerkriegs zwischen der bürgerlichen Regierung des nationalistischen Machthabers Muammar al-Gaddafi und einer von den Imperialisten unterstützten Opposition sind bis zu 750 000 von ihnen aus Libyen geflohen. Die meisten gingen nach Tunesien oder Ägypten, doch an die 12 000 haben nach Schätzungen der Vereinten Nationen versucht, Italien oder Malta per Boot zu erreichen, zusätzlich zu den vielen Tausend Tunesiern, die bereits nach dem Sturz der Ben-Ali-Diktatur die italienische Insel Lampedusa erreicht hatten.

Die von den Imperialisten zur Beschönigung ihres Angriffs heuchlerisch geäußerten „humanitären“ Phrasen werden durch die Behandlung, die sie den Flüchtlingen angedeihen lassen, Lügen gestraft. Die Vereinten Nationen – die von Dieben und Mördern angeführte Körperschaft, die im Namen des „Schutzes von Zivilisten“ für die Bombardierung grünes Licht gab – mussten nach grauenvollen Augenzeugenberichten über Ertrinkende und Verhungerte zugeben, dass schätzungsweise 1200 Flüchtlinge vermisst und wahrscheinlich tot sind.

Der Londoner *Guardian* (8. Mai) berichtete, dass Ende März 72 Menschen auf dem Weg nach Lampedusa verdurstet und verhungert sind, als ihr Boot vor den Augen von NATO-Einheiten, darunter einem Hubschrauber und einem Flugzeugträger, abtrieb. Sie wurden trotz ihrer verzweifelten Hilferufe einfach dem Tod preisgegeben. Am 6. April sank ein Boot mit 350 Flüchtlingen, darunter viele Frauen und Kinder, zwischen Malta und Sizilien, wobei 250 Menschen umkamen. Einen Monat später sank ein weiteres Schiff mit 600 Menschen auf der Flucht aus Tripolis, nachdem es unter heftiges NATO-Bombardement geraten war. In einem kleinen Meeresgebiet vollgestopft mit NATO-Schiffen, Schiffen der EU-Grenzschutzbehörde Frontex und verschiedener Küstenwachen und anderer Einheiten kann man dies nur als Massenmord bezeichnen. Gleichzeitig helfen NATO-Schiffe, die Libyen blockieren, den Rebelleinheiten, militärischen Nachschub von einer Küstenstadt zur anderen zu befördern. Wie der Kapitän eines Rebellen-schiffs der *New York Times* (23. Mai) erzählte, „kommt nichts ohne die Erlaubnis der NATO durch“.

Diejenigen Flüchtlinge aus Nordafrika, die die Reise überleben und in Malta oder Süditalien landen, werden unter menschenunwürdigen Bedingungen eingesperrt. Italiens rechtsgerichtete Berlusconi-Regierung ließ sie anfangs tages-



**Schiffe mit über 800 libyschen Flüchtlingen, die es gerade geschafft haben, auf Lampedusa zu landen, 7. Mai**

lang in Lampedusa schmoren, abgesondert im Internierungslager oder einfach verwaist im Ort oder an der felsigen Küste ohne Unterkunft oder Nahrungsmittel. Dann „löste“ sie das „Problem“, indem sie die Immigranten in Militärlager auf dem italienischen Festland steckte, vornehmlich im Süden.

In der Folge versuchte die Regierung das neue tunesische Militärregime dazu zu zwingen, Massenabschiebungen aus Italien zu akzeptieren. Als sich schließlich herausstellte, dass die meisten Tunesier nach Frankreich gelangen wollten, wo sie Verwandte oder Freunde haben, erhielten sie eine auf drei Monate beschränkte vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung, in der Hoffnung, sie würden über Italiens Nordgrenze nach Frankreich durchsickern. Die Sarkozy-Regierung in Frankreich wiederum führte in der Grenzstadt Ventimiglia die Grenzkontrollen wieder ein und zwang so Hunderte von Immigranten, tagelang rund um den örtlichen Bahnhof abzuwarten. Diejenigen, die es nach Paris oder in andere Teile Frankreichs schafften, wurden dann zum Ziel von Ringfahndungen der Polizei, um sie abzuschieben.

Die Lega trotskista d'Italia fordert zusammen mit der Ligue trotskyste de France: „Schließung der Internierungslager! Keine Abschiebungen! Für das Recht auf Asyl für alle Flüchtlinge aus Libyen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!“ In der jüngsten Eskalationsstufe des NATO-Krieges gegen Libyen sind Frankreich und Berichten zufolge auch Britannien dabei, Kampfhubschrauber loszuschicken, um den Druck auf Gaddafis Regime zu erhöhen und der schmutzigen Opposition unter die Arme zu greifen. Zusammen mit

Fortgesetzt auf Seite 15